

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Rot-Rote Ankündigungspolitik beenden – in Berlin umgehend für mehrfach straffällig gewordene Kinder eine geschlossene Unterbringung einrichten, die diesen Namen auch verdient!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Berlin umgehend die seit langem notwendig gewordene geschlossene Unterbringung für mehrfach straffällig gewordene Kinder, die nicht für herkömmliche Unterbringungsformen der Jugendhilfe geeignet sind, einzurichten.

Dazu ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 28. Februar 2011 das dafür erforderliche Konzept vorzulegen, das auf Erziehung, Ausbildung und Therapie auszurichten ist. In dem Konzept sollen auch Standort, Platzzahl, sowie die personelle, finanzielle und sächliche Ausstattung der künftigen Einrichtung enthalten sein.

Des Weiteren ist in einem damit verbundenen Anschlussprogramm sicherzustellen, welche Förderungen und Möglichkeiten die jungen Menschen nach der Entlassung aus der Einrichtung erhalten sollen, damit die Reintegration in die Gesellschaft wirklich erfolgreich verlaufen kann.

Begründung:

Nach jahrelanger Ankündigungspolitik hat sich der Senat nach den aktuellen Vorfällen mit dealenden Kindern im Sommer 2010 nunmehr öffentlich geäußert, eine Art geschlossene Unterbringung als Übergangslösung für kriminell gewordene Kinder in Berlin einrichten zu wollen.

Die dazu geäußerten Zielvorstellungen sind jedoch weitestgehend realitätsfremd. So liegen beispielsweise die geplanten Plätze weit unter dem wirklichen Bedarf, denn die hohe Anzahl der jungen Intensivtäter in Berlin ist in den letzten Jahren nicht wirklich zurück gegangen. Vielmehr wurde durch einen statistischen „Trick“ die Anzahl gedrückt, da nun zehn Straftaten anstatt 5 als Kriterium angesetzt wurden.

Vor allem fehlt auch ein erzieherisches Konzept, wie mit diesen Kindern gearbeitet werden soll und welche Anschlussprogramme notwendig sind, um die

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Reintegration in die Gesellschaft - verbunden mit Erfolg versprechenden beruflichen Perspektiven - zu erreichen.

Der Senat wird deshalb aufgefordert, seine halb-garen Pläne aufzugeben und umgehend in Berlin eine Unterbringung für den genannten Betroffenenkreis einzurichten, die den Namen „geschlossenes Heim“ wirklich verdient. Erfahrungen aus anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Rummelsberg bei Nürnberg, haben gezeigt, dass gerade eine solche Unterbringungsform mit Rund-um-die-Uhr-Betreuung den betroffenen jungen Menschen mehr hilft, aus dem Teufelskreis von Kriminalität und Gewalt und schlechtem Einfluss herauszukommen, als andere Unterbringungsformen. Die dort gemachten Erfahrungen sollten deshalb endlich auch in Berlin genutzt werden.

Damit in dem künftigen geschlossenem Heim auch erfolgreich gearbeitet werden kann, muss es konzeptionell sowie personell und finanziell so ausgerichtet und ausgestattet werden, dass die kriminellen „Karrieren“ der delinquenten Kinder durchbrochen werden können und sich für deren weiteres Leben echte Zukunftsperspektiven eröffnen. Dafür muss der Senat die erforderlichen Voraussetzungen schaffen.

Berlin, 03. Januar 2011

Henkel, Trapp, Rissmann, Demirbüken-Wegner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU